

**Auszug aus dem Protokoll  
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 299/2005

Sitzung vom 30. November 2005

**1687. Dringliche Anfrage (Massnahmen zur Aufwandreduktion  
von sechs Prozent)**

Kantonsrat Stefan Feldmann, Uster, Kantonsrätin Natalie Vieli-Platzer, Zürich, und Kantonsrat Peter Reinhard, Kloten, haben am 31. Oktober 2005 die folgende dringliche Anfrage eingereicht:

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat im Rahmen der diesjährigen Budgetberatung, den kantonalen Steuerfuss auf 105% der einfachen Staatssteuer festzusetzen. Gegen dieses Vorhaben zeichnet sich aus den Reihen des Kantonsrates Widerstand ab. Sollte der Antrag des Regierungsrates keine Mehrheit finden und der Steuerfuss bei 100% der einfachen Staatssteuer belassen werden, so wird der von der Kantonsverfassung verlangte mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung für die Periode 2002–2009 verfehlt. Der Regierungsrat wäre folglich gezwungen, nach dem «Sanierungsprogramm 2004» und dem «Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006» ein drittes Sparprogramm einzuleiten.

Wie dem Bericht des Regierungsrates zum «Massnahmenplan 2006» zu entnehmen ist, wurden die Direktionen bei Beginn der Erarbeitung des Massnahmenplans beauftragt, Entlastungsmassnahmen im Umfang von 6% des relevanten Aufwandes zu erarbeiten und dem Regierungsrat vorzulegen. Auf Grund der am Runden Tisch erarbeiteten finanzpolitischen Eckwerte schlägt der Regierungsrat nun Massnahmen vor, die zu einer Senkung von 2,6% des relevanten Aufwandes beitragen. Diverse Massnahmen fanden folglich nicht Aufnahme in den «Massnahmenplan 2006».

Es ist zu erwarten, dass der Regierungsrat bei der Erarbeitung eines allfällig notwendigen dritten Sparpaketes angesichts der drängenden Zeit in grossen Teilen auf die bereits «angedachten», aber nicht im «Massnahmenplan 2006» enthaltenen Vorhaben zurückgreifen wird. Es ist für die Mitglieder des Kantonsrates vor einer Entscheidung über den Steuerfuss deshalb zweifellos von Interesse, welche Massnahmen seitens des Regierungsrates vorläufig zurückgestellt worden sind.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Frage:

Welche Massnahmen wurden von den Direktionen im Rahmen der Erarbeitung des «Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 2006» dem Regierungsrat eingegeben, fanden aber nicht Aufnahme in den Mass-

nahmenplan? Es wird darum gebeten, die Massnahmen analog der Massnahmenblätter des «Massnahmenplans 2006» kurz zu umschreiben und die erwartete finanzielle Entlastung auszuweisen.

Nach Einsicht in einen Bericht des Staatsschreibers und auf Antrag seiner Präsidentin

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die dringliche Anfrage Stefan Feldmann, Uster, Natalie Vieli-Platzer, Zürich, und Peter Reinhard, Kloten, wird wie folgt beantwortet:

Der Regierungsrat beauftragte die Direktionen im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH06), Entlastungsvorschläge im Umfang von sechs Prozent des relevanten Aufwandes auszuarbeiten. Diese Vorgabe erfolgte auf dem Hintergrund, dass erfahrungsgemäss viele im Rahmen einer solchen Vorgabe ausgearbeiteten Entlastungsvorschläge in einer späteren Projektphase vom Regierungsrat als politisch oder technisch nicht realisierbar eingestuft werden müssen. Es ist daher notwendig, die Vorgabe für die Ausarbeitung von Entlastungsvorschlägen höher als das tatsächlich notwendige Entlastungsvolumen anzusetzen, damit im Entscheidungsprozess für den Regierungsrat eine Auswahlmöglichkeit besteht. Denkbar ist auch, dass die in einer ersten Projektphase erarbeiteten Entlastungsvorschläge vom Regierungsrat mit der Auflage zurückgewiesen werden, andere Entlastungsmassnahmen zur Erreichung der Entlastungsvorgabe auszuarbeiten. Ergebnis dieser Prozesse waren im Projekt MH06 eine Liste mit 119 Einzelmassnahmen, die der Regierungsrat umsetzen will (Bericht des Regierungsrates an den Kantonsrat über den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung vom 27. September 2005). Die weiteren im Rahmen des Projektes von den Direktionen und der Staatskanzlei vorgeschlagenen, vom Regierungsrat im Rahmen des MH06 jedoch nicht weiterverfolgten Massnahmen werden im Anhang aufgelistet (Tabelle «Massnahmen, die NICHT in den Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 [MH06] aufgenommen wurden»).

Ein Verzicht auf die beantragte Steuerfusserhöhung um fünf Prozentpunkte auf 105% würde die Steuererträge 2006 und 2007 insgesamt um rund 450 Mio. Franken vermindern. Der gesetzlich geforderte mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung 2002–2009 würde um rund 200 Mio. Franken verfehlt. Die Steuerfusserhöhung hilft, die Einschnitte in die staatlichen Leistungen in Grenzen zu halten, sodass die Standortattraktivität nicht allzu stark leidet und wichtige Infrastrukturvorhaben weiterhin umgesetzt werden können.

Allerdings kann die Steuerfusserhöhung zusätzliche Sanierungsmassnahmen nicht ausschliessen, weil die finanzielle Situation auch bei vollständiger Umsetzung der Sanierungsmassnahmen – eingeschlossen der Steuerfusserhöhung – fragil bleibt. Der Finanzplanung liegt ein optimistisches Konjunkturszenario zu Grunde. Es besteht ein Risiko, dass die Steuererträge tiefer ausfallen. Zudem sind Projekte wie beispielsweise Reformvorhaben des Bundes bei den Steuern noch gar nicht in die Finanzplanung eingestellt, weil sie zurzeit nicht beziffert werden können.

Es muss in der Tat davon ausgegangen werden, dass die Umsetzung zumindest eines Teils der im Anhang aufgeführten Massnahmen unumgänglich sein wird, wenn weitere Sparmassnahmen getroffen werden müssen. Aus der Auflistung kann allerdings nicht geschlossen werden, dass der Regierungsrat sich genau für diese Entlastungsmassnahmen entscheiden würde, wenn ein höheres Entlastungsvolumen in Zukunft notwendig werden würde. Die Auflistung bringt aber auch sehr deutlich zum Ausdruck, dass es keinen Vorrat an politisch und technisch einfach zu realisierenden Entlastungsmassnahmen mehr gibt und dass zukünftige Entlastungsmassnahmen mit weiteren schmerzhaften Einschnitten bei den verschiedensten staatlichen Leistungsbereichen verbunden wären.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Staatskanzlei.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
**Husi**

## Massnahmen, die NICHT in den Massnahmenplan Haushaltsgleichgewicht 2006 (MH06) aufgenommen wurden

Beträge in Mio. Franken

X = Bei diesen Massnahmen wird die Differenz zwischen den ursprünglich geplanten und den tatsächlich im MH06 eingestellten Entlastungen ausgewiesen.

Direktion RR und SK J	Amt 1000 J	Amtsbezeichnung	Beschreibung der Massnahme	Saldo 06	Saldo 07	Saldo 08	Saldo 09
		Regierungsrat und Staatskanzlei	Verzicht auf die Herausgabe des Staatskalenders	-0.04	-0.04	-0.04	-0.04
<b>Total RR und SK</b>				<b>-0.04</b>	<b>-0.04</b>	<b>-0.04</b>	<b>-0.04</b>
	2201	Generalsekretariat JI	--				
	2203	Zentrale Dienstleistungen JI	Reduktion der Informatikkosten durch Wegfall von 26 PC-Arbeitsplätzen	-0.21	-0.21	-0.21	-0.21
	2204	Stratverfolgung Erwachsene	Reduktion der Verfolgung von kleinerer und mittlerer Kriminalität Verzicht auf Strafuntersuchungen bei organisierter Kriminalität, Beträbungs mittel- und Wirtschaftsdelikten	-1.28 -1.26	-1.28 -1.26	-1.28 -1.26	-1.28 -1.26
	2205	Jugendstrafrechtspflege	Reduktion der vor dem definitiven Urteil anzuzuordnenden Einweisungen in Fremdfamilien, Erziehungsinstitutionen und Kliniken	-0.80	-0.80	-0.80	-0.80
			Zeitliche Reduktion der Unterbringungen in Fremdfamilien, Erziehungsinstitutionen und Kliniken	-0.85	-0.85	-0.85	-0.85
	2206	Amt für Justizvollzug	Kürzung des Beitrags an schweiz. Ausbildungszentrum für Strafvollzugspersonal um 6%	-0.05	-0.05	-0.05	-0.05
			Qualitätsabbau bei der stationären Behandlung geistig abnormer Klienten	-0.54	-0.54	-0.54	-0.54
			Verzicht der Gefangenentransporte des Gefängnisses Pfäffikon	-0.05	-0.05	-0.05	-0.05
			Verzicht auf die Finanzierung der reformierten und katholischen Seelsorge der Insassen	-0.45	-0.45	-0.45	-0.45
			Abbau der Kosten für Bussenabverdien durch Arbeit	-0.69	-0.69	-0.69	-0.69
			Finanzierung des Sekretariats der Fachkommission zur Überprüfung der Gemeingefährlichkeit von StraftäterInnen durch das Ostschweizer Strafvollzugskonkordat	-0.03	-0.03	-0.03	-0.03
	2207	Gemeindeamt	Reduktion von externen Dienstleistungen für Entwicklungsprojekte X	-0.30	-0.30	-0.30	-0.30
			Anpassung der Namensänderungsgebühren im Zivilstandswesen	-0.03	-0.03	-0.03	-0.03
			Ertragssteigerungen beim Revisionsdienst durch Prozessoptimierungen und Modernisierung des Sortimentsportfolios	-0.01	-0.01	-0.01	-0.01

Direktion	Amt	Amtsbezeichnung	Beschreibung der Massnahme	Saldo 06	Saldo 07	Saldo 08	Saldo 09
	2215	Finanz- und Lastenausgleich	Reduktion des Steuerfussausgleichs an die Bezügergemeinden und Polizei an die Stadt Zürich	-2.43	-2.43	-2.43	-2.43
			Reduktion der Lastenabteilung in den Bereichen Soziales, Kultur und Polizei an die Stadt Zürich	-3.00	-3.00	-3.00	-3.00
	2221	Handelsregister	Aufwandreduktion in den Bereichen Qualitätsmanagement und Renovationen sowie Ertragssteigerung	-0.51	-0.51	-0.51	-0.51
	2223	Statistisches Amt	Einstellung der Erhebung und Publikation des Zürcher Städteindex ab 2007		-0.05	-0.05	-0.05
			Einstellung der Herausgabe des Statistischen Jahrbuches in gedruckter Form ab 2008			-0.03	-0.03
	2224	Staatsarchiv	--				
	2225	Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	Mehreinnahmen durch Gebührenerhöhung		-0.20	-0.20	-0.20
	2231	Datenschutzbeauftragter	Reduktion des Sachaufwandes	-0.10	-0.10	-0.10	-0.10
	2232	Fachstelle Opferhilfe	Kürzung der Beiträge an Beratungsstellen/Vorbehalte			-0.15	-0.15
			Reduktion der direkten Leistungen an Opfer (direkte Opferhilfe)			-0.12	-0.12
	2233	Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen	Diverse Aufwandreduktionen		-0.03	-0.03	-0.03
	2234	Fachstelle Kultur	Kürzung des Staatsbeitrages an die Opernhaus Zürich AG	-1.08	-2.60	-2.60	-2.60
			Kürzung/Streichung von Staatsbeiträgen an 24 Kulturinstitutione		-0.48	-0.48	-0.48
			Kürzung der freien Kredite des Regierungsrates für die Sparten Literatur, bildende Kunst, Musik, Tanz und für den Kulturkredit	-0.59	-0.59	-0.59	-0.59
	2241	Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen (Fachstelle Integration)	--				
	2251	Bezirksräte	Reduktion der Heimaufsicht (Besuche)	-0.09	-0.09	-0.09	-0.09
	2262	Baurekurskommissionen	Reduktion der Bezirksräte in Zürich und Winterthur			-0.22	-0.22
	2263	Steuerrekurskommissionen	Abbau von 2.4 juristischen SekretärInnen-Stellen		-0.32	-0.32	-0.32
	2271	Evangelisch-Reformierte Landeskirche	--				
	2272	Römisch-Katholische Körperschaft	--				
	2273	Christkatholische Kirchgemeinde	--				
<b>Total JI</b>				<b>-14.34</b>	<b>-16.94</b>	<b>-17.46</b>	<b>-17.46</b>

Direktion	Amnt	Amtsbezeichnung	Beschreibung der Massnahme	Saldo 06	Saldo 07	Saldo 08	Saldo 09
DS	3000	Generalsekretariat DS, Zentrale Vollzugsaufgaben	Reduktion diverser Sachaufwand	-0.42	-0.42	-0.42	-0.42
	3100	Kantonspolizei	Personalreduktion bei den Aspiranten um 25% (Einstellung und Ausbildung von 46 anstelle von rund 60 Aspiranten pro Jahr)	-1.00	-3.00	-5.30	-7.60
			Zusätzliche Personalreduktion um 16 Aspiranten pro Jahr (Einstellung und Ausbildung von 30 Aspiranten pro Jahr)	-1.05	-2.35	-3.85	-5.40
	3200	Strassenverkehrsamt	Reduktion der Barabgeltung für Überzeitleistungen	-0.10	-0.20	-0.30	-0.75
			Reduktion des Personalaufwands (7 geplante Stellen) und des Sachaufwands	-1.90	-1.90	-1.90	-1.90
	3300	Migrationsamt	--				
3400	Amnt für Militär und Zivilschutz	Reduktion der Schulung von Gemeindegestellten	-0.22	-0.22	-0.22	-0.22	
		Unterhaltsreduktion und Ertragsverbesserung bei den Militärbetrieben	-0.22	-0.22	-0.22	-0.22	
		Verbesserung des Kostendeckungsgrads des Ausbildungszentrums Andelfingen sowie Straffung der Weiterbildung für Zivilschutzangehörige	-0.15	-0.15	-0.15	-0.15	
3500	Kantonales Sozialamt	Abschaffung der Beihilfen	-19.95	-20.95	-21.99	-23.09	
3600	Statthalterämter	Reduktion Personal- und Sachaufwand	-0.45	-0.45	-0.45	-0.45	
<b>Total DS</b>				<b>-25.46</b>	<b>-29.86</b>	<b>-34.80</b>	<b>-40.20</b>
FD	4000	Generalsekretariat FD	Reduktion Dienstleistungen Dritter (Rechtsanwältin und Experten) und Reduktion Prozesskosten	-0.08	-0.08	-0.08	-0.08
	4100	Finanzverwaltung	Reduktion des Sachaufwands für den Betrieb des Rechnungswesen CC SAP	-0.04	-0.04	-0.04	-0.04
			Weiterentwicklung des Controlling auf Minimum beschränken	-0.20	-0.20	-0.20	-0.20
			Reduktion des Personalaufwands für interne Leistungen um 5%	-0.05	-0.05	-0.05	-0.05
			Kürzung des Projektbudgets	-0.15	-0.15	-0.15	-0.15
	4200	Liegenschaftsverwaltung	--				
	4300	Amnt für Tresorien	--				
	4400	Steueramt Betriebsteil	Reduktion der Anzahl Steuerkommissäre und Bücherrevisoren	-6.21	-6.21	-6.21	-6.21
			Zentralisierung Informatik, wodurch Netzwerk-Betriebskosten entfallen	-0.40	-0.40	-0.40	-0.40
	4500	Personalamt	--				
4600	KITT-Geschäftsstelle	Reduktion des Betrags für Informatikprojekte	-0.24	-0.24	-0.24	-0.24	
<b>Total FD</b>			<b>-7.37</b>	<b>-7.37</b>	<b>-7.37</b>	<b>-7.37</b>	

Direktion	Amt	Amtsbezeichnung	Beschreibung der Massnahme	Saldo 06	Saldo 07	Saldo 08	Saldo 09
VD	5000	Generalsekretariat VD	Massnahmenmix zur Einsparung von Strukturkosten	-0.10	-0.10	-0.10	-0.10
			Abbau von internen Leistungen und geringere Ressourcen für externe Unterstützung	-0.20	-0.20	-0.20	-0.20
	5100	Amt für Landschaft und Natur (ALN)	Reduktion der Aus- und Weiterbildung sowie Erwirtschaftung von Mehreträgen	-0.30	-0.30	-0.30	-0.30
	5200	Amt für Verkehr	Reduktion von Personalkosten und Dienstleistungsaufwand	-0.08	-0.08	-0.08	-0.08
	5210	Finanzierung öffentlicher Verkehr	Reduktion der Dienstleistungsaufträge Dritter sowie diverser Positionen	-0.07	-0.07	-0.07	-0.07
	5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	Reduktion des Staatsbeitrags an ProMobil für mobilitätsbehinderte Personen	-2.00	-2.00	-2.00	-2.00
			Aufhebung der Zugbegleitung in den S-Bahnen am Abend	-1.00	-2.00	-2.00	-2.00
			Teilweiser Verzicht auf Beitragserhöhung an Zürich Tourismus, Verzicht auf neue Projekte Interreg III	-0.40	-0.40	-0.40	-0.40
<b>Total VD</b>				<b>-2.15</b>	<b>-5.15</b>	<b>-5.15</b>	<b>-5.15</b>
GD	6000	Steuerung	-				
	6100	Gesundheitsversorgung	Reduktion der Arztneimittelprüfungen in der Heilmittelkontrolle	-0.02	-0.02	-0.02	-0.02
		Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	Leistungsabbau der Lebensmittelanalysen		-0.10	-0.40	-0.40
	6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Effizienzsteigerung und Leistungsabbau in der stationären Akutversorgung		-5.10	-10.20	-10.20
			Reduktion des Aufwands in der Zentralwäscherei ohne Weitergabe der Kostensenkung an die Kunden	-0.60	-0.60	-0.60	-0.60
			Reduktion des Aufwands in der Kantonsapotheke ohne Weitergabe der Kostensenkung an die Kunden	-3.00	-3.00	-3.00	-3.00
			Reduktion der Notfallvorhalteleistungen in den Spitälern auf die Hälfte		-31.60	-31.60	-31.60
			Reduktion der angebotenen Lehrlingsstellen		-1.00	-1.00	-1.00
			Reduktion der Weiter- und Zusatzausbildungskosten der Spitäler		-0.45	-0.45	-0.45
			Schliessung von Spitälern		-3.70	-7.40	-7.40
	6400	Psychiatrische Versorgung	Reduktion von Ausbildungsstellen	-0.27	-0.27	-0.27	-0.27
			Effizienzsteigerung und Leistungsabbau in der ambulanten und teilstationären psychiatrischen Versorgung	-0.39	-0.39	-0.39	-0.39
			Schliessung mehrerer Spezialstationen für besondere Krankheitsbilder	-1.60	-6.00	-6.00	-6.00
6700	Beiträge an Krankenkassenprämien	Schliessung von Psychiatriestützpunkten		-3.20	-3.20	-3.20	
		Reduktion der Prämienverbilgung für Erwachsene		-12.00	-12.00	-12.00	
<b>Total GD</b>				<b>-5.88</b>	<b>-67.43</b>	<b>-76.53</b>	<b>-76.53</b>

Direktion	Amt	Amtsbezeichnung	Beschreibung der Massnahme	Saldo 06	Saldo 07	Saldo 08	Saldo 09
BI	7000	Bildungsverwaltung	Diverse Reduktionen im Informatikaufwand, im Bereich Kommissionen/Entscheidungen und bei den Mitteln für Dienstleistungen Dritter, Aufhebung der Fachstelle Suchprävention	-3,45	-3,45	-3,45	-3,45
	7200	Volksschulen	Reduktion der Staatsbeiträge an die privaten und kommunalen Sonderschulen			-2,50	-5,00
	7301	Mittelschulen	Reduktion um 2 Wochenstunden in jedem Gymnasium	-5,00	-10,00	-15,00	-15,00
	7302	Schulen im Gesundheitswesen	Kürzung der Pauschale pro Lernende bzw. Studierende um 10%	-4,00	-1,40	-1,60	-1,90
	7303	Berufsschulen und Lehraabschlussprüfungen	Auflösung des Berufsbildungszentrums Aml, Limmattal und Dietikon Aufhebung der Gewerblich-industriellen Berufsschule Uster Aufhebung der Kaufmännischen Berufsschule Uster Konzentration der Technischen Berufsmaturität auf die Standorte Zürich und Winterthur Verzicht auf den praktischen Teil der kantonalen Lehrwerkstätten Möbelschreiner	-0,50	-1,00	-1,50	-1,50
	7305	Nichtstaatliche und ausserkantonale Schulen	Reduktion der Finanzierung von Weiterbildungskursen	-0,70	-1,40	-2,10	-2,10
	7401	Universität (Beiträge und Liegenschaften)	Einstellung der Beitragsleistung an nichtstaatliche Lehrwerkstätten	-0,20	-0,30	-0,40	-0,50
	7402	Sonstige universitäre Leistungen	Differenz zwischen 6% des relevanten Aufwandes (Staatsbeitrag) und definitiver Kürzung 6% Kürzung des relevanten Aufwandes	-0,40	-0,80	-1,20	-1,20
	7406	Zürcher Fachhochschule	Verzicht auf den praktischen Teil der kantonalen Lehrwerkstätten Reduktion der Finanzierung von Weiterbildungskursen	-0,35	-0,70	-1,10	-1,10
	7407	Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	Einstellung der Beitragsleistung an nichtstaatliche Lehrwerkstätten	-0,80	-2,30	-4,50	-4,50
	7501	Jugend- und Familienhilfe	Differenz zwischen 6% des relevanten Aufwandes (Staatsbeitrag) und definitiver Kürzung 6% Kürzung des relevanten Aufwandes	-0,31	-1,23	-2,15	-2,97
	7502	Berufs- und Studienberatung	Differenz zwischen 6% des relevanten Aufwandes (Staatsbeitrag) und definitiver Kürzung 6% Kürzung des relevanten Aufwandes	-10,300	-11,200	-4,100	8,900
	7503	Berufs- und Studienberatung	Differenz zwischen 6% des relevanten Aufwandes (Staatsbeitrag) und definitiver Kürzung 6% Kürzung des relevanten Aufwandes	-1,400	-1,400	-1,400	-1,400
	7504	Berufs- und Studienberatung	Differenz zwischen 6% des relevanten Aufwandes (Staatsbeitrag) und definitiver Kürzung 6% Kürzung des relevanten Aufwandes	-6,800	-4,900	-5,000	-5,300
	7505	Berufs- und Studienberatung	Verzicht auf zusätzliche Unterstützung von Jugendhilfeleistungen	-2,000	-2,000	-2,000	-2,000
	7506	Berufs- und Studienberatung	Verzicht auf zusätzliche Unterstützung von Jugendhilfeleistungen	-0,50	-0,50	-0,50	-0,50
	7507	Berufs- und Studienberatung	Verzicht auf zusätzliche Unterstützung von Jugendhilfeleistungen	-3,42	-3,42	-3,42	-3,42
	7508	Berufs- und Studienberatung	Verzicht auf zusätzliche Unterstützung von Jugendhilfeleistungen	-0,21	-0,21	-0,21	-0,21
	7509	Berufs- und Studienberatung	Verzicht auf zusätzliche Unterstützung von Jugendhilfeleistungen	-0,46	-0,46	-0,46	-0,46
	7510	Berufs- und Studienberatung	Verzicht auf zusätzliche Unterstützung von Jugendhilfeleistungen	-0,25	-0,25	-0,25	-0,25
	7511	Berufs- und Studienberatung	Verzicht auf zusätzliche Unterstützung von Jugendhilfeleistungen	-0,36	-0,36	-0,36	-0,36
	7512	Berufs- und Studienberatung	Verzicht auf zusätzliche Unterstützung von Jugendhilfeleistungen	-0,21	-0,21	-0,21	-0,21
<b>Total BI</b>				<b>-41,62</b>	<b>-47,49</b>	<b>-53,41</b>	<b>-44,43</b>



Direktion	Amt	Amtsbezeichnung	Beschreibung der Massnahme	Saldo 06	Saldo 07	Saldo 08	Saldo 09
BD	8000	Generalsekretariat BD	--				
	8100	Hochbauamt	--				
	8300	Amt für Raumordnung und Vermessung	Zeitliche Verzögerung der Erneuerung des Fixpunktnetzes und der amtlichen Vermessung (AV93)			-0.14	-0.24
	8500	AWEL	Reduktion der Dienstleistungen technische Infrastruktur GIS und Datenlogistik Reduktion der Aufträge an Dritte zum Erstellen des Katasters der belasteten Standorte Reduktion der Abgeltung an Städte für Luftreinhaltung in Industrie und Gewerbe	-0.05 -0.20 -0.06	-0.05 -0.55 -0.06	-0.05 -0.55 -0.06	-0.05 -0.55 -0.06
	8810	Natur- und Heimatschutzfonds	--				
<b>Total BD</b>				<b>-0.31</b>	<b>-0.66</b>	<b>-0.80</b>	<b>-0.90</b>
<b>Gesamttotal</b>				<b>-97.2</b>	<b>-174.9</b>	<b>-195.6</b>	<b>-192.1</b>